



Freitag, 06. März 2026, 14:00 Uhr
~15 Minuten Lesezeit

Der Kanzler aus der Kälte

Auf dem CDU-Parteitag wurde Friedrich Merz mit überwältigender Mehrheit als Parteichef bestätigt. Seine dortige Rede macht deutlich, wie ungeeignet er als Regierungschef ist.

von Uwe Froschauer
Foto: EUS-Nachrichten/Shutterstock.com

Friedrich Merz ist der Kanzler der Kehrtwenden und

der sozialen Kälte. Er versprach Haushaltsdisziplin, Migrationswende und wirtschaftliche Vernunft. Geblieben sind Neuverschuldung, soziale Härten und eine Energiepolitik, die sowohl Industrie als auch Verbraucher belastet. Friedrich Merz steht für eine Politik, die Prinzipien über das Wohl des Landes stellt – und dafür einen hohen Preis verlangt. Dennoch, der Unterstützung seiner Partei scheint er sicher zu sein.

Mit 91,17 Prozent der Stimmen wurde Friedrich Merz auf dem CDU-Parteitag erneut als Parteivorsitzender bestätigt. Die Delegierten bescheinigen ihm damit Rückhalt – doch seine Rede wirft mehr Fragen auf, als sie beantwortet. Zwar präsentierte sich Merz rhetorisch souverän und staatsmännisch, doch konkrete Ansatzpunkte für echte und beschleunigte Reformen blieben aus. Wo im Wahlkampf klare Kanten in Migrations-, Finanz- und Energiefragen angekündigt wurden, dominieren nun Kompromissformeln, Durchhalteparolen und die Rechtfertigungen politischer Kurswechsel. Reformen werden beschworen, aber nicht terminiert; Probleme werden benannt, ohne dass erkennbar wäre, wie sie gelöst werden sollen. Zwischen den Versprechen vor der Wahl und der politischen Wirklichkeit klafft nach wie vor eine riesige Lücke.

Inhaltlich verband Merz in seiner Rede klassische konservative Motive geschickt mit aktuellen Krisenthemen. Er beschwor die Geschlossenheit der Partei und betonte, CDU und CSU müssten als stabile Kraft der politischen Mitte auftreten. Zugleich erneuerte er seine kategorische Absage an jede Zusammenarbeit mit der AfD und stellte die Union als Bollwerk gegen politische Ränder dar. Diese Selbstverortung in der „Mitte“ sollte Stabilität signalisieren, wirkte

jedoch eher defensiv als richtungsweisend.

Laut aktuellen Umfragen würde etwa jeder fünfte Wahlberechtigte in Deutschland die AfD wählen. Diese Wähler pauschal aus dem demokratischen Diskurs auszuschließen, ist antidemokratisch. Die sogenannte Brandmauer wird als Abgrenzung gegenüber der AfD-Führung begründet – gegenüber Millionen Bürgern ist sie jedoch eine politische Missachtung des Wählerwillens und damit ein Schlag ins Gesicht der Wähler und der Demokratie.

Ich bin nicht gerade ein Freund der AfD. Als Demokrat, der sich der offenen Debatte verpflichtet fühlt, halte ich es jedoch für grundlegend falsch, einen wachsenden Teil der Bevölkerung dauerhaft zu delegitimieren, statt sich inhaltlich mit seinen Motiven auseinanderzusetzen. Wer Demokratie ernst nimmt, Herr Merz, muss auch unbequeme Wahlergebnisse akzeptieren – sowie politisch beantworten, statt sie moralisch wegzargumentieren. Momentan sind es die Altparteien, die sich antidemokratisch verhalten, und nicht die AfD.

Merz setzte zentrale Schwerpunkte auf wirtschaftliche Reformen. Er sprach von Bürokratieabbau, von der Notwendigkeit, Investitionen zu erleichtern, und von der Senkung von Energiepreisen als Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit.

Auch strukturelle Veränderungen im Sozial- und Rentensystem kündigte er erneut an. Diese Reformrhetorik blieb jedoch weitgehend abstrakt. Zeitpläne, konkrete Maßnahmen oder politische Prioritäten nannte er nicht. Stattdessen verwies er auf die Zwänge der Regierungsarbeit und die Notwendigkeit von Kompromissen innerhalb der Koalition – ein deutlicher Kontrast zu den klaren Versprechen des Wahlkampfs.

Auffällig war dabei der doppelte Ton seiner Rede: Einerseits betonte

Merz Geschlossenheit und Durchhaltewillen, andererseits verteidigte er bereits vollzogene Kursänderungen. Wörtlich sagte er:

„Vielleicht haben wir nach dem Regierungswechsel nicht schnell genug deutlich gemacht, dass wir diese gewaltige Reformanstrengung nicht von heute auf morgen schaffen werden. Diese Kritik nehme ich an. Ich will nicht nur moderieren. Ich will nicht nur den kleinsten gemeinsamen Nenner als unser größtes Ziel ausrufen. Ich will antreiben ... Deutschland muss zur Höchstform auflaufen.“

Damit räumte er ein, dass zentrale Reformvorhaben langsamer umgesetzt werden als angekündigt, und zugleich stellte er klar, dass er die politische Linie seiner Partei weiterhin aktiv vorantreiben will – eine Mischung aus Selbstkritik und Rechtfertigung, die den Ton seiner Rede prägt.

In meinen Augen, Herr Merz, wollen Sie die „Höchstform“ Deutschlands durch einen weitgehenden Sozialabbau erreichen. Das Vermögen der Finanzelite soll unangetastet bleiben.

Die aus der Rede ablesbare politische Richtung zeigt Merz als Kanzler und Parteichef, der auf Stabilisierung statt auf Umbruch setzt. Die CDU soll als ordnende Kraft der Mitte erscheinen, Reformen sollen behutsam erfolgen, Konflikte mit Koalitionspartnern vermieden werden. Was fehlt, ist der Bruch mit dem Status quo, den Merz vor der Wahl in Aussicht gestellt hatte. Statt klarer Kurskorrekturen bietet er nun politische Beruhigung.

So wirkt die Wiederwahl weniger wie ein Startsignal für einen neuen Reformkurs, sondern eher wie die Bestätigung einer Politik, die auf Angleichung und Abstimmung setzt. Merz spricht von Erneuerung, liefert aber vor allem Rechtfertigungen für Kursanpassungen. Seine Rede zeigt damit nicht den Kanzler, der Wahlversprechen einlöst, sondern den Parteivorsitzenden, der das Arrangement mit der SPD

erklärt.

Sein und Schein

Das tatsächliche politische Handeln von Friedrich Merz erzählt eine andere Geschichte: die eines Mannes, der vor Wahlen Klarheit verspricht und nach Wahlen seine Positionen relativiert — und teilweise ins Gegenteil verkehrt —, mit spürbaren Folgen für Gesellschaft und Wirtschaft.

Vor der Wahl gab Merz den Hüter der schwarzen Null. Neue Schulden seien der falsche Weg, hieß es. Kaum war die Wahl vorbei, wurden neue Kredite in astronomischer Höhe politisch akzeptabel.

Auch in der Migrationspolitik folgte auf die harte Rhetorik der Rückzug in Koalitionskompromisse wobei die SPD hier den Ton angab. Politik lebt vom Ausgleich — doch wenn zentrale Versprechen kassiert werden, verliert politische Führung ihre Glaubwürdigkeit. Wer mit Entschlossenheit wirbt und anschließend nachgibt, hinterlässt das Bild eines Kanzlers der Kehrtwenden.

Politik für oben, Zumutungen für unten

Merz' berufliche Vergangenheit in der Finanzwelt ist kein Vergehen, bleibt für einen Mann, der die Interessen des Volkes vertreten soll, jedoch fragwürdig. Seine Vergangenheit wirft die politische Frage auf: Wessen Perspektive prägt sein Handeln? Wenn Sozialausgaben unter Spardruck geraten, während große Vermögen weitgehend unangetastet bleiben, entsteht das Bild einer Politik, die Lasten gezielt nach unten durchreicht. Die unausgesprochene Botschaft lautet: mehr arbeiten, länger arbeiten, mit weniger Absicherung.

Was dabei als „Produktivitätsdebatte“ verkauft wird, ist in Wahrheit die moralische Umverpackung sozialer Kürzungen.

Nicht politische Prioritäten stehen zur Diskussion, sondern das angeblich zu geringe Leistungsniveau der Bevölkerung – eine Frechheit gegenüber den hart arbeitenden und steuerlich abgezockten Bürgern.

Produktivität dient in dieser Rhetorik als Hebel, um Verzicht zu rechtfertigen: längere Arbeitszeiten, höheres Rentenalter, geringere Leistungen. Gleichzeitig bleibt unausgesprochen, wofür diese Einschnitte notwendig sein sollen. Sozialleistungen werden nicht als notwendige staatliche Aufgabe gesehen, sondern immer wieder auf ihre Rechtfertigung geprüft, während andere Ausgaben, die Aufrüstung beispielsweise, unter Bestandsschutz stehen. Bei Sozialleistungen wird jeder Cent eingespart – die enormen Summen für Verteidigung und Waffen gelten als alternativlos.

So wird aus einer Debatte über wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eine Debatte über soziale Belastbarkeit. Wer „produktiver“ sein soll, wird in dieser Logik nicht besser entlohnt, sondern stärker beansprucht. Nicht Vermögen wird in die Pflicht genommen, sondern Arbeitskraft. Der Sozialstaat erscheint als Kostenfaktor, während Militärausgaben als Investition etikettiert werden. Diese Verschiebung ist kein Zufall, sondern Ausdruck einer Politik, die Aufrüstung finanziell absichert, indem sie sozialen Ausgleich relativiert – schändliche Kriegstreiberei auf Kosten der Bürger!

Was als Reform verkauft wird, ist damit kein Projekt des Fortschritts, sondern eines der Verlagerung: Arbeit wird verdichtet, Sicherheit abgebaut, während bellizistische Strategien Vorrang erhalten. Eine Regierung, die die Produktivitätsfrage mit Sozialabbau beantwortet, tauscht wirtschaftliche Stabilität gegen soziale Instabilität – und nennt das Verantwortung.

„Nimm die Gerechtigkeit weg – was ist ein Staat anderes als eine große Räuberbande?“ (Augustinus von Hippo).

Der ursprüngliche Kontext stammt aus *De civitate Dei* („Der Gottesstaat“), einem der Hauptwerke des bedeutenden Kirchenvaters des 4./5. Jahrhunderts, in dem Augustinus schrieb, dass Reiche ohne Gerechtigkeit faktisch wie großräuberische Vereinigungen handeln, weil sie Macht über Menschen ausüben, ohne dem Gemeinwohl zu dienen. Friedrich Merz spiegelt den Typus Politiker wider, der die Reichen auf Kosten des Volkes vertritt.

Aufrüstung statt Ausgleich in Deutschland und Europa

Merz setzt auf dauerhaft steigende Rüstungsausgaben und eine kompromisslose Unterstützung der Ukraine. Diese Politik umfasst nicht nur Waffenlieferungen in Milliardenhöhe, sondern auch langfristige finanzielle Hilfen, Garantien und Wiederaufbauzusagen, die letztlich von den Steuerzahlern in Deutschland und Europa getragen werden. Militärische Hilfe, Haushaltsmittel und EU-Fonds fließen in einen Krieg, dessen Ende von europäischen Kriegstreibern bewusst hinausgezögert wird, und dessen Eskalationsrisiko stetig wächst.

Auf dem CDU-Parteitag betonte Merz ausdrücklich, dass Deutschland und Europa an der Seite der Ukraine stehen werden:

„Wir stehen an der Seite des ukrainischen Volkes ohne Wenn und Aber.“

„Wir werden uns niemals damit abfinden, wie ein verbrecherisches russisches Regime systematisch Krieg führt gegen die Zivilbevölkerung

dieses Landes ... gegen alte Menschen, Frauen und Kinder.“

Merz sagte, Russland verbinde den seit vier Jahren währenden Angriff gegen die Ukraine „mit einer geradezu unerträglichen Nazipropaganda gegen das ukrainische Volk“ – ein Volk, das unter deutscher und russischer Gewaltherrschaft historisch stark gelitten habe. Diese Propaganda werde „jederzeit auf unseren entschiedenen Widerspruch stoßen“.

Die imperialistischen USA, die sich gegen eine unaufhaltsame multipolare Weltordnung stellen, haben diesen Krieg provoziert, und führten unter dem Biden-Regime einen Stellvertreterkrieg in der Ukraine.

Das ukrainische Volk, an dessen Seite Sie „ohne Wenn und Aber“ stehen, wird von einem Regime geführt, das von Korruptionsskandalen durchsetzt und faschistisch unterminiert ist. Laut dem Corruption Perceptions Index (CPI) von Transparency International hat die Ukraine im Jahr 2024 nur 35 Punkte erreicht und belegte Platz 105 von 180 Staaten, was auf ein hohes Korruptionsniveau hindeutet (je niedriger der Wert, desto höher die wahrgenommene Korruption) (1).

Die Verehrung des Nazi-Kollaborateurs Stepan Bandera als Nationalhelden ist unübersehbar. In Teilen der ukrainischen Gesellschaft hat sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ein regelrechter Kult um Bandera entwickelt: In der West-Ukraine gibt es Museen, Denkmäler und nach ihm benannte Straßen, und eine Umfrage zeigte, dass (je nach Region) ein signifikanter Teil der Bevölkerung eine positive Sicht auf ihn hat (2).

Bevor am 24. Februar 2022 der Krieg begann, wurden im Donbass-Krieg mehr als 14.000 Menschen in der Ostukraine getötet.

Nach Angaben der UN/UN-Menschenrechtsbeobachter beträgt die

Zahl der Todesopfer im Krieg im Donbass (2014 bis Ende 2021) etwa 14.200 bis 14.400 Personen. Diese Zahl umfasst:

- ca. 6.500 pro-russische Separatisten
- ca. 4.400 ukrainische Soldaten
- etwa 3.400 zivile Tote

Die ostukrainische Bevölkerung wurde von der Lebensmittelversorgung und der finanziellen Unterstützung weitgehend abgeschnitten, eine Verantwortung, die daraufhin Russland übernehmen musste. Wenn die Bevölkerung in der Ostukraine lieber zu Russland gehören möchte, ist das legitim und verständlich. Sie sollten aufhören mit Ihrer russlandfeindlichen Propaganda, und die deutsche Bevölkerung über die wahren Verhältnisse in der Ukraine aufklären. Sie werden in die deutsche Geschichte als ein Kanzler eingehen, der wegen einer Mischung aus Verbohrtheit, Elitenverbundenheit und politischer Kurzsichtigkeit sein eigenes Volk leiden ließ und an den Rand eines Dritten Weltkriegs gebracht hat. Indem Sie die Tatsachen über das ukrainische Regime und seine historische Ideologie leugnen oder verharmlosen, tragen Sie zur Fortsetzung des Krieges bei. Das vermeidbare Töten geht weiter, und dazu liefern Sie mit Ihrer kriegstreiberischen Einstellung, ebenso wie Keir Starmer, Emmanuel Macron und Ursula von der Leyen ihren Beitrag.

Die bellizistische Linie wird auf europäischer Ebene maßgeblich von der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sowie der ehemaligen estnischen Premierministerin Kaja Kallas vorangetrieben. Beide fordern eine nahezu bedingungslose Fortsetzung der militärischen und finanziellen Unterstützung der Ukraine – unabhängig von wirtschaftlichen Belastungen oder sozialen Folgekosten innerhalb der EU.

Die Parole lautet sinngemäß: Die Ukraine wird unterstützt, koste es,

was es wolle! Doch was hier als geopolitische Verantwortung deklariert wird — in Wirklichkeit aber Kriegstreiberei darstellt — ist eine massive Umverteilung öffentlicher Mittel in unproduktive Rüstungsprogramme und Kriegsfinanzierung, von denen die Menschen in Europa keinen Nutzen haben. Es ist ein Verrat an den europäischen Bürgern.

Friedrich Merz setzt eine klare Priorität: Militär vor Sozialem. Während für Waffen, Munition und militärische Infrastruktur Milliardenbeträge mobilisiert werden, geraten Renten, Pflege, Bildung und kommunale Haushalte unter Druck.

Wer in dieser Lage Sozialausgaben begrenzt oder kürzt, während militärische Ausgaben als alternativlos gelten, trifft keine neutrale Haushaltsentscheidung, sondern eine bellizistische. Diese Entscheidung bedeutet, dass gesellschaftliche Sicherheit der militärischen Sicherheit nachgeordnet wird.

Die politische Botschaft ist eindeutig: Für Krieg ist Geld da, für soziale Stabilität muss gespart werden. So verwandelt sich Solidarität mit der Ukraine in eine dauerhafte Belastung der eigenen Bevölkerung. Nicht Vermögen werden herangezogen, sondern die Allgemeinheit. Während Rüstungsunternehmen Rekordgewinne verzeichnen, werden Bürgerinnen und Bürger zu Verzicht verpflichtet.

Eine solche Politik ist außenpolitisch bellizistisch, innenpolitisch ist sie ein Bruch des sozialen Versprechens. Sie fordert kriegstreiberische Loyalität nach außen, während sie nach innen Kürzungen rechtfertigt. Wer diesen Kurs vertritt, muss sich fragen lassen, ob er das Gemeinwohl schützt — oder ob er pseudo-geopolitische Zielsetzungen über den sozialen Zusammenhalt stellt.

Energiepolitik gegen die eigene Wirtschaft

In seiner Rede sprach Friedrich Merz von einer Senkung der Energiekosten. Seine Haltung in der Energiefrage ist jedoch widersprüchlich: Deutschland verzichtet auf russisches Pipeline-Gas und setzt stattdessen auf teures Flüssiggas aus Übersee. Dieses LNG ist ökologisch belastender, aufwendiger zu transportieren und wirtschaftlich deutlich teurer. Für eine Industrie, die auf bezahlbare Energie angewiesen ist, bedeutet das nicht nur Wettbewerbsnachteile, sondern drohende Produktionsverlagerungen und Arbeitsplatzverluste.

Die Gasspeicher in Deutschland schrumpfen kontinuierlich. Mit einem Winter, der kälter ausfällt als erwartet, gehen die Vorräte langsam, aber sicher zur Neige. In einer solchen Lage wäre es aus industrie- und sozialpolitischer Sicht naheliegend, alle verfügbaren Optionen pragmatisch zu prüfen. Stattdessen bleiben Pipeline-Lieferungen aus Russland kategorisch ausgeschlossen, und eine Annahme der Energie – verbunden mit versöhnlicher und notwendiger Dankbarkeit gegenüber Russland oder einfach nur pragmatischem Realismus – wird abgelehnt. Die hochmütige und mittlerweile verlogene „Wertewesten“-Ideologie mit dem Bedürfnis nach moralischer Überlegenheit steht über den Notwendigkeiten der Realität. Die energiepolitischen Entscheidungen des Realitätsverweigerers Merz treffen direkt Unternehmen, Beschäftigte und Verbraucher: steigende Kosten, unsichere Versorgung und Druck auf Haushalte und Kommunen sind die Folge.

Russisches Pipeline-Gas war und ist preiswerter, klimafreundlicher als LNG und langfristig verlässlich. Anstatt diese Option sachlich zu nutzen, setzt Merz auf moralische Abgrenzung und geopolitische Härte.

Außenpolitik wird so zur Prinzipienfrage, während die wirtschaftliche Realität von Industrie und Bevölkerung ignoriert wird. Die Belastungen tragen nicht abstrakte Märkte, sondern Menschen und Unternehmen vor Ort. Energiepolitik wird dadurch zu einer Belastungspolitik: Hohe Preise, sinkende Speicherstände und Produktionsrisiken sind das Ergebnis einer ideologisch starren, unklugen und arroganten Haltung – eine Politik, die klar gegen die Interessen der deutschen Industrie und Bevölkerung arbeitet.

Verweigerter Dialog

Merz lehnt Gespräche mit Moskau grundsätzlich ab. Diplomatie betrachtet er als Schwäche, Abschreckung dagegen als Tugend. Dumm, dümmer geht's nicht! Wer Dialog ausschließt, ersetzt Politik durch Eskalationslogik. Das bindet Ressourcen, verschärft wirtschaftliche Belastungen und verengt den Handlungsspielraum auf militärische Optionen. Für ein exportabhängiges Land wie Deutschland ist das kein Zeichen von Stärke, sondern Ausdruck strategischer Verbohrtheit und eines geplanten wirtschaftlichen Suizids.

Dabei zeigt Russland durchaus Bereitschaft zu Kooperationen: Pipeline-Gas könnte geliefert werden, technische Lösungen für eine sichere Abnahme existieren, und das Land hat mehrfach signalisiert, dass Verhandlungen möglich sind. Wladimir Putin äußerte sich jüngst verwundert über die deutsche Haltung:

„Ich verstehe nicht, warum diese Politik gemacht wird, wenn doch die Gasspeicher leer sind und Gas zur Verfügung steht.“

Auch Politiker anderer Nationen, darunter Vertreter aus Frankreich und Italien, haben wiederholt betont, dass Gespräche mit Russland notwendig seien, um Versorgungssicherheit und wirtschaftliche

Stabilität zu gewährleisten.

Trotz dieser Signale verharret Merz auf seiner Linie der Konfrontation. Die Entscheidung, nicht zu verhandeln oder pragmatische Lösungen zu prüfen, erhöht die Kosten für Industrie und Verbraucher weiter und steigert die wirtschaftlichen Risiken für Deutschland. Es wäre an der Zeit, dass Herr Merz sich ernsthaft überlegt, Dialog zuzulassen – nicht als Schwäche, sondern als strategisches Instrument, um Ressourcen zu schonen, Versorgungssicherheit zu gewährleisten und wirtschaftlichen Schaden abzuwenden. Ohne diese Kurskorrektur bleibt die Energiepolitik ein ideologisch geprägtes Spiel auf Kosten der Bevölkerung und der Industrie.

Ethik der Verantwortung

Am Ende steht die Frage nach der politischen Ethik. Eine Politik, die soziale Kürzungen hinnimmt, hohe Energiepreise akzeptiert und gleichzeitig massive Rüstungsausgaben ausweitet, folgt einer klaren Logik: Ideologie vor Ausgleich, Prinzipien vor Pragmatismus. Der Kanzler fordert mehr Leistung von den Bürgern, bietet ihnen aber weniger Sicherheit. Milliarden fließen in einen militärischen Konflikt, während der innere Zusammenhalt erodiert.

Ein Regierungschef schwört, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden – doch seine Politik gefährdet Arbeitsplätze, schwächt soziale Sicherung und opfert wirtschaftliche Vernunft der geopolitischen Symbolik. Was bleibt von diesem Schwur, wenn das Handeln seinen Versprechen widerspricht? Friedrich Merz präsentiert sich als Mann der Ordnung – tatsächlich steht er für eine Ordnung, in der sich die Lasten nach unten verschieben und die Risiken nach innen.

Was dabei besonders auffällt, ist das fehlende Maß an Demut und Selbstreflexion von Herrn Merz. Wer politische Verantwortung trägt, darf Entscheidungen nicht nur durch die ideologische Brille sehen, sondern muss auch die realen Auswirkungen auf Bevölkerung und Wirtschaft bedenken. In meinen kürzlich erschienenen Artikeln über Selbstreflexion und Demut habe ich beschrieben, dass diese Tugenden unverzichtbar sind, um Macht nicht zu überschätzen und die Folgen des Handelns realistisch einzuschätzen. Genau dieses Innehalten, das Erkennen eigener Grenzen, das Hinterfragen eigener Annahmen und das Abwägen von Konsequenzen fehlt bei Friedrich Merz.

Statt sich selbstkritisch zu fragen, ob politische Prinzipien die Bevölkerung belasten oder die Industrie gefährden, folgt Merz stur einer Linie, die symbolische Härte über pragmatische Lösungen stellt. Die Konsequenz: Eine Politik der Härte, die die Bürgerinnen und Bürger belastet, Konflikte eskaliert und Möglichkeiten des Dialogs ausschließt. Verantwortungsbewusstsein erfordert Demut – die Bereitschaft, zu erkennen, dass Macht immer an ihre Grenzen gebunden ist. Fehlende Selbstreflexion und übermäßiger Glaube an die eigene Richtigkeit verwandeln politische Verantwortung in politische Blindheit.

Merz' Politik zeigt genau dieses Muster: Eine Mischung aus ideologischer Starrheit, fehlender Anpassungsbereitschaft und mangelnder Demut. Die Folgen spüren diejenigen, die auf politische Vernunft und soziale Absicherung angewiesen sind. Verantwortung zu tragen, bedeutet nicht, Prinzipien rigoros durchzusetzen, sondern abzuwägen, Kompromisse zu prüfen und Schaden vom Volk abzuwenden. Wer dies nicht tut, riskiert, dass Führung zur Last wird – statt Sicherheit, Stabilität und Vertrauen zu schaffen. Politische Führung wird dann kontraproduktiv. Sie schadet dem Volk mehr als sie ihm nutzt.

Darin liegt eine grundsätzliche Tragik politischer Macht:

Regieren heißt stets, über andere zu verfügen. Selbst im besten Fall entstehen dabei Entscheidungen, die einigen nutzen, anderen jedoch schaden.

So bleibt Regierung immer ein Eingriff, der nie allen gerecht wird – und dessen Folgen am Ende das gesamte Volk trägt, nicht jene, die entscheiden. Wenn politische Macht dennoch ausgeübt wird, dann muss sie zumindest an einem Maßstab gemessen werden: an der Verantwortung derjenigen, die sie ausüben.

Verantwortung kommt von innen, Herr Merz. Doch diese scheinen Sie gegenüber den Bürgern dieses Landes nicht übernehmen zu wollen. Wem fühlen Sie sich tatsächlich verpflichtet – den Menschen, die hier leben und arbeiten, oder den Interessen von BlackRock und Rheinmetall?

Fazit

Friedrich Merz ist kein Kanzler der Stabilität, sondern einer der Brüche. Seine Kehrtwenden bei Schulden und Migration untergraben Vertrauen. Seine Sozialpolitik belastet die Schwächeren. Seine Energie- und Außenpolitik gefährdet Industrie und Wohlstand. Wer auf diese Weise Politik macht, regiert nicht im Namen der Mehrheit, sondern im Namen einer harten Linie – selbst dann, wenn sie dem eigenen Land schadet.



Uwe Froschauer hat an der Ludwig-Maximilians-Universität München Betriebswirtschaft studiert und

abgeschlossen. Sein besonderes Interesse galt der Wirtschaftspsychologie. Er arbeitete als Unternehmensberater, gibt Seminare bei Berufsbildungsträgern, ist Autor mehrerer Bücher und betreibt den Blog **wassersaenge.com** (<https://wassersaenge.com/>). Seine Leidenschaft für weltweite Reisen machte ihn sensibel für Kulturen und Probleme anderer Völker. Er ist naturverbunden und liebt Tiere und Pflanzen.